Dienstag, 13. November 2001

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Initiative des Königreichs Belgien und des Königreichs Schweden im Hinblick auf die Annahme eines Beschlusses des Rates zur Ausweitung des Mandats von Europol auf die im Anhang zum Europol-Übereinkommen aufgeführten schwerwiegenden Formen internationaler Kriminalität (9093/2001 – C5-0266/2001 – 2001/0817(CNS))

(Verfahren der Konsultation)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Initiative des Königreichs Belgien und des Königreichs Schweden (9093/2001) ⁽¹⁾,
 - vom Rat gemäß Artikel 39 Absatz 1 des EU-Vertrags konsultiert (C5-0266/2001),
 - gestützt auf die Artikel 106 und 67 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten (A5-0370/2001),
1. billigt die so abgeänderte Initiative des Königreichs Belgien und des Königreichs Schweden;
 2. fordert den Rat auf, diese Initiative entsprechend zu ändern;
 3. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
 4. verlangt, erneut konsultiert zu werden, falls der Rat beabsichtigt, die Initiative des Königreichs Belgien und des Königreichs Schweden entscheidend zu ändern;
 5. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen des Königreichs Belgien und des Königreichs Schweden zu übermitteln.

⁽¹⁾ ABl. C 176 vom 21.6.2001, S. 26.

2.

Initiative des Königreichs Schweden im Hinblick auf den Erlass eines Rechtsakts des Rates zur Änderung des Rechtsakts des Rates vom 12. März 1999 zur Festlegung der Bestimmungen über die Übermittlung von personenbezogenen Daten durch Europol an Drittstaaten und Drittstellen (8785/2001 – C5-0218/2001 – 2001/0807(CNS))

Diese Initiative wird wie folgt abgeändert:

TEXT DER INITIATIVE ⁽¹⁾

ABÄNDERUNGEN
DES PARLAMENTS

Abänderung 9

TITEL

Initiative des Königreichs Schweden im Hinblick auf den Erlass eines Rechtsakts des Rates zur Änderung des Rechtsakts des Rates vom 12. März 1999 zur Festlegung der Bestimmungen über die Übermittlung von personenbezogenen Daten durch Europol an Drittstaaten und Drittstellen

Initiative des Königreichs Schweden im Hinblick auf den Erlass eines Rechtsakts des Rates zur Änderung des Rechtsakts des Rates vom 12. März 1999 zur Festlegung der Bestimmungen über die Übermittlung von personenbezogenen Daten durch Europol an Drittstaaten und Drittstellen **und zur Änderung des Beschlusses des Verwaltungsrates von Europol vom 15. Oktober 1998 zur Festlegung der Bestimmungen für die externen Beziehungen von Europol zu EU-Stellen**

⁽¹⁾ ABl. C 163 vom 6.6.2001, S. 13.